

Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Ostachsen).

Nr. 24.

Erscheint möglichst
jeden Freitag.

Dresden, im Juni 1920.

Verlag u. Expedition:
Buchhandlung der K. A. P.
Dresden-A., Seminarstr. 23, p.

Preis 20 Pf.
Durch die Parteiaussträger frei
Haus 5 Pf. Bestellgeld extra.

Wählen? oder Nichtwählen?

Man soll nicht wählen!

Dadurch, daß man Abgeordnete in den Reichstag schickt, wird an der verzweifeltsten Lage, in die Deutschland geraten ist, nicht das geringste geändert. Die Unmöglichkeit, sich ausreichend kleiden zu können, die furchtbare Unterernährung, die unter den Kindern aufräumt wie eine Seuche, die krasser und krasser in Erscheinung tretende Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz jedes Einzelnen, die Not auf allen Gebieten, das Überhandnehmen schamlosen Schieber- und Buchertums, der Verfall der Wirtschaft, — das alles sind die Fäulniserscheinungen eines mitten im Verfall begriffenen Wirtschafts- und Gesellschaftskörpers. Es ist die zerfallene kapitalistische Wirtschaftsweise, die Pestbeulen aller Art ausbrechen läßt, deren Gestank uns den Atem benimmt.

Der Reichstag, was ist er? Steht er etwa über dem Betriebe der kapitalistischen Wirtschaftsweise? Ist er eine Stelle, die Gewalt hat über die kapitalistische Wirtschaftsweise? Arbeiter, der Reichstag ist das nicht! Er ist selber ein Stück dieses kapitalistischen Betriebes, ein Instrument der Macht des Kapitals, dieses Kapitals, das ein Meer von Tränen und ein Meer von Blut erzeugt hat, und das mit Tränen und Blut die Welt weiter überschwemmen wird, wenn es nicht zer schlagen wird.

Will der Reichstag der kapitalistischen Wirtschaftsweise ein Ende bereiten? Es gibt Leute, die da sagen, wenn der Reichstag zur Hälfte aus SPD. und zur Hälfte aus USP.-Leuten besteht, dann wird der kapitalistischen Wirtschaftsweise bestimmt der Garaus gemacht, und deshalb müsse man wählen am 6. Juni. O nein, Genossen, dann wird dem kapitalistischen Wahnsinn noch lange kein Ende bereitet! Zwar Herrschaftsmittel der Kapitalisten über das an seinen Ketten rüttelnde Proletariat, ist das Parlament, der Reichstag, doch der Kapitalisten unwichtigste Festung. Sie haben Maschine, Gewehr, Flammenwerfer und Handgranaten, um die kapitalistische Wirtschaftsweise zu schützen. Und sie haben die Hilfe der ausländischen Bourgeoisie, die sie anrufen werden, wenn das System der Ausbeutung gestürzt werden sollte.

Nein, Arbeiter, im Parlament stürzt man das kapitalistische Ausbeutungssystem nicht, mit dem Stimmzettel hebt man die Macht der Maschinengewehre nicht auf. Arbeiter! Es gehen unter Euch Leute um, die, Arbeiterfreundlichkeit markierend, Euch sagen, man könne im Reichstag die Nöte der Zeit mildern. Eine Entwicklung zum Besseren könne langsam angebahnt werden. Arbeiter! Hört nicht auf sie! Sie sind Betrüger! Die kapitalistische Wirtschaft ist im Verfall begriffen, die st reiche Entente-Bourgeoisie plündert Deutschland aus, wie noch nie ein besiegteter Staat ausgeplündert worden ist, die Entente-Bourgeoisie will, daß das deutsche Proletariat ein Haufe ausgeemergelter Sklaven sei, stumpf und untüchtig zu proletarischer Weltpolitik, die einheimische Bourgeoisie aber unterstützt dieses schändlichste aller geschichtlichen Verbrechen, denn sie will sich aushalten lassen von jener, und sie hat längst alle Scham verloren, um nicht erröten zu können, wenn sie den Butspennig in die Tasche steckt. Entwicklung zum Besseren? Arbeiter! Es gibt keine Besserung! Es wird noch alles schlimmer werden! Hunderttausende, ja Millionen unter Euch sind der von der Regierung der Bürgerlichen und Scheinsozialisten ausgegebenen Parolen der Produktionssteigerung gefolgt, sie haben geschuftet und sich abgerackert, sie haben Akkordarbeit — psui darüber! — getan, hat sich etwas gebessert?

Und wenn man Euch sagt, daß man die kranke kapitalistische Wirtschaft wieder gesund machen müsse, daß man die zusammengebrochene wieder aufrichten müsse, dann sagt diesen Agenten des Kapitals: Das gerade Gegenteil zu tun ist nötig! Man soll dieser zerfallenden Wirtschaftsweise so schnell wie möglich und mit allen Mitteln ein Ende bereiten, um möglichst bald aus dem Jammer erlöst zu werden, den sie über uns gebracht hat!

Dann gehen unter Euch Leute um, die fordern Euch auf, sie zu wählen, weil sie im Parlament donnernde Reden wider das kapitalistische System halten wollen. Sie wollen die sogenannte positive Arbeit im Parlament nicht leisten, sie sagen, sie wollen das Parlament zur Agitations-Tribüne machen. Sagt ihnen, Arbeiter, daß

sie in den Massen des Proletariats bleiben mögen, wenn sie agitieren wollen, sagt ihnen, daß sie sich gefälligst in die Betriebe und in die Versammlungen begeben möchten, wenn sie agitieren wollen. Denn sie belügen Euch! Sie wollen Euch einschläfern, sie wollen im Parlament die Revolution narkotisieren! Aber die Revolution will nicht beläuscht werden, sie will Männer haben, die sich leidenschaftlich für sich einsetzen, sie will Kämpfer und keine Schönredner haben.

Wählt sie nicht, die so gleichgültig vor Euch hintreten!

Dieser ganze Parlamentarismus, diese Raubhalgerei um Mandate, dieser Stimmenschacher, Arbeiter, ist eine Angelegenheit von Berufspolitikern, von Führer-Sippen, für die Ihr gut genug seid als Steine im Brett zu dienen. Dieser Parlamentarismus ist eine Angelegenheit von Parlamentariern, er ist keine revolutionäre Angelegenheit!

Die revolutionäre Sache, das ist Eure Sache, Arbeiter!

Sowjet-Rußland schlägt sich im Kampf gegen den neuen wütenden Ansturm des Weltkapitals — und Ihr wollt zum Reichstag wählen?

Euch hat dasselbe Weltkapital in grauamste Fesseln geschlagen — und Ihr wollt wählen?

Der verfaulende Kapitalismus reißt uns tiefer und tiefer in Elend und Not — und Ihr wollt wählen?

Der Bourgeoisie muß die Macht genommen werden — und Ihr wollt wählen?

Es muß gehandelt werden — und Ihr wollt wählen?

Laßt Euch nicht betören durch die, die das Wort von der Demokratie als den heiligsten aller politischen Grundsätze in Munde führen. Demokratie ist der Grundsatz, daß der Frau engende gleichberechtigt sei dem Arbeitenden. Demokratie ist die Freiheit des Ausbeuteten. Demokratie ist Betrug, übelster und schamlosester Betrug. Vermunft und Notwendigkeit erfordern, daß die Arbeitenden, die produktiv ausschlaggebenden Glieder einer Gesellschaft, auch die politisch ausschlaggebenden und bestimmenden Glieder sein sollen. Und deshalb ist notwendig die Diktatur des Proletariats, die die Befreiung aller Arbeitenden vom Joch der Ausbeuter ist, die auch erst die volle Befreiung der produktiven Kräfte selber ist.

Wer wählt, stärkt und stützt die Demokratie, das Herrschaftssystem der Bourgeoisie. Wer wählt, fesselt die Revolution.

In einer Zeit, da der Kampf um das freie Wahlrecht das Lösungswort war, das revolutionäre Energien wecken und auslösen konnte, war die Beteiligung des Proletariats am Parlament eine politische Notwendigkeit. Aber die politischen Notwendigkeiten von gestern sind nicht die politischen Notwendigkeiten von heute. Gestern eine Notwendigkeit, ist die parlamentarische Beteiligung heute vom Übel. Sie wirkt lähmend und lenkt den Blick ab von den revolutionären Notwendigkeiten. Das Proletariat steht zum Wahlkampf heute in einem vollkommen anders gearteten Verhältnis wie ehemals. Es gibt nur dies eine Ziel: den Sozialismus, es gibt nur diese eine Aufgabe: den Kapitalismus zu stürzen, es gibt nur diese eine Taktik: alles zu tun, was den vollkommenen und endgültigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems bewirkt und beschleunigt.

Wählt nicht!

Michmals:

Der Parlamentarismus, die Reichstagswahl ist eine Angelegenheit von Parlamentariern.

Die Angelegenheit des Proletariats — das ist die Revolution!

Sozialdemokratischer Dank an „Großherzogliche Hoheit“.

Die Hanauer „Freiheit“ vom 31. Mai veröffentlicht — gerade noch rechtzeitig vor der Wahl — folgendes Dankschreiben, das die Reichsregierung am 8. November 1919 an „Seine Großherzogliche Hoheit“ den Prinzen Max von Baden sandte:

Eurer Großherzogliche Hoheit!

Anlässlich der ersten Wiederkehr des denkwürdigen Tages, der dem deutschen Volke die bedeutsame Wendung brachte, ist sich die Reichsleitung bewogen, der treuen Mitarbeit Eurer Großherzoglichen Hoheit in jenen weltgeschichtlichen Stunden zu gedenken. Dankbar erinnern sich die jetzt für Deutschlands Geschicke verantwortlichen Männer der unaufhaltsamen, von weiter Einsicht geführten Bemühungen Eurer Großherzoglichen Hoheit, dem deutschen Volke nach seiner furchtbaren Niederlage in dem größten Kriege aller Zeiten die Schrecken innerer Umwälzungen zu ersparen. Besonders sei der welthistorischen Minuten gedacht, in welcher Eurer Großherzoglichen Hoheit im Auftrage Ihres damaligen kaiserlichen Herrn die politische Gewalt in die Hände der vom Volke auserwählten Männer legten und damit den Deutschen die größte Errungenschaft ihrer politischen Geschichte, den Parlamentarismus, das parlamentarische System, gewährleisteten.

Noch ist in weiten Kreisen des Volkes in den fortgesetzten inneren Kämpfen des jetzt verflienen Jahres die ganze Bedeutung und die Tragweite der damaligen Entscheidungen Eurer Großherzoglichen Hoheit nicht klar geworden. Verheerung und kleinliche Demagogie haben auch verursacht, daß heute noch die ungeheuren Entscheidungen des 8. November 1918 für große Volksteile im Dunkeln liegen. Aber auch nach diesen stürmischen Zeiten werden Ruhe und klare Einsicht wiederkehren. Dann wird die Wahrheit sieghaft den Lügenfleier durchbrechen und aller Welt offenbaren, daß weder Eurer Großherzoglichen Hoheit noch die von ihnen in die Regierung berufenen Männer die anschließenden inneren Umwälzungen gewollt oder verursacht haben. Es wird dann allen Gewißheit werden, daß gerade die vom Volke gewählten, bewährten politischen Führer es waren, die in klarer Erkenntnis der realen Möglichkeiten und der Lehre einer Jahrtausende alten Geschichte in den unvergeßlichen Stunden des 8. November im interfraktionellen Ausschuss und an anderen Stellen wohl für die Abdankung des damaligen Trägers der Krone und den Trov verzicht des Kronprinzen, aber ebenso energisch für die Beibehaltung der Monarchie und die Regenteherrschaft des kaiserlichen Entels eingetreten sind.

Eurer Großherzoglichen Hoheit wissen wie kein Anderer daß weder Sie, noch die Vertreter des Volkes eine Schuld an den wider Erwarten auf unser schwergeprüftes Volk eingestürzten katastrophalen Ereignissen, an Revolution und Republik treffen kann. Die Zeit wird, alle Kämpfe und Intrigen überdauernd, diese geschichtlichen Tatsachen zu kristalliner Klarheit fördern und den damals verantwortlichen Männern ihren unauslöschlichen Dienst angemessen würdigen.

Zum äußeren Zeichen der Dankbarkeit und Anerkennung für die in jenen Momenten von Eurer Großherzoglichen Hoheit dem Vaterland geleisteten Dienste hat die Reichsleitung in vertraulicher Sitzung heute vormittag beschlossen, den früher gefakten Vorschlag, das Schloß Meinau für Zwecke der Volkswahlfahrt zu erneuern, aufzugeben und diesen herrlichen Stammsitz der Vorfahren Eurer Großherzoglichen Hoheit Ihnen zu ewig unantastbarem Eigentum zu übertragen.

Berlin, den 8. November 1919.

Der Reichspräsident: Ebert

Im Auftrage d. Regierung: gez. Bauer, David.

Ein Jahr nach der Revolution! In der freiesten Republik der Welt! Und nicht etwa unterschrieben von Berthmann-Hollweg, von Büttwig und Kapp, oder auch von irgendwelchen bürgerlichen Republikanern oder Demokraten! Nein, von den Führern der alten, revolutionären Sozialdemokratie! Der Partei des Erfurter Programms. Und die Ebert, Bauer und David stehen heute noch an der Spitze der SPD. — Kann dieser Partei jetzt wirklich noch ein Klassenbewußter Proletarier angehören?

Kommunisten gehen nicht zur Wahl!

Sowjetrußlands Heldenkampf.

Wollt Ihr Schweigend zusehen, Deutsche Arbeiter?!

Der Schlag gegen Polen.

Sowjetrußlands rote Soldaten haben die polnische Bourgeoisie, die im Bunde mit ukrainischen weißen Banditen und gestützt von den Mächten des Imperialismus, aufs neue gegen die Republik der Arbeiter und Bauern den Krieg begann, in kurzem Ansturm vernichtend aufs Haupt geschlagen. Kaum, daß das heimtückische Spiel seinen Anfang genommen hatte, durchbrachen die Roten Truppen schon die polnische Front. Wir bringen statt der verschiedenen Meldungen der kapitalistischen Presse-bureaus folgenden Zunftspruch aus Moskau:

„Am 14. Mai hoben die Rottruppen auf einer Front von 75 Werst südlich von Palotsk die polnischen Einheiten durchbrochen. Nach der Vernichtung zweier polnischer Divisionen waren am 17. Mai bereits 4000 Quadratkilometer Gebiet mit über 190 000 Einwohnern, darunter die Städte Diäna und Lempel, besetzt. Eine ungeheure Menge von Kriegsmaterial, darunter Tanks und Flammenwerfer französischer Herkunft, wurde erbeutet. Die Moral der polnischen Truppen ist sehr geschwächt, das polnische Kommando hat anscheinend den Kopf verloren. Die Provinz Wiaska ist in vollem Aufbruch, die Aufständigen haben sieben Truppenteile zur Eingliederung gebracht. Während die Sowjettruppen im Norden in einer Breite von 35 Kilometer die Beresina überschritten und die Verfolgung des Feindes aufnahmen, warfen sie in der Ukraine die Söldlinge der Entente wiederum aus dem Land hinaus.“

Nach den letzten Meldungen stehen die Roten Armeen schon vor Warschau, über das die Polen — deren Truppen nach übereinstimmenden Meldungen verschiedener Blätter in voller Auflösung begriffen sind — den Belagerungszustand verhängt haben. Der russische Vormarsch dauert an.

Wiederum ist der Schlag, den die Konterrevolution gegen die Räterepublik zu führen gedachte, siegreich pariert worden. Was weiter? Die Augen des Weltproletariats müssen in den nächsten Tagen fester als je auf den Heldenkampf des russischen Proletariats gerichtet sein. Und während die russischen Brüder eine glänzende Waffentat nach der andern vollbringen, während auch auf

dem Balkan der Siegeszug des Bolschewismus gerade in diesen Tagen wieder ungehemmt seinen Lauf nimmt, kann und darf das deutsche Proletariat nicht mit ver-schränkten Armen dabeistehn und tatenlos zusehen.

Deutsche Proletarier! Auf! Sollen eure russischen Brüder die ungeheure Last des schweren Kampfes auch weiterhin allein tragen? Wollt Ihr weiter am Gängelband eurer Führer durch den Wahrrummel trotten, während im Osten Proletarier für die kommunistische Revolution bluten und sterben?

Erkennt endlich, was um Euch vorgeht. Stoßt die parlamentarischen Schwäger bei Seite. Mit allen revolutionären Mitteln für den Sturz der deutschen Ausbeuter, für die deutsche Revolution! So allein helfst Ihr Sowjetrußland! So allein kämpft Ihr für die Weltrevolution!

Die Internationale der Tat

Aktive Hilfe für Sowjetrußland!

Lugano, 21. Mai. An der Schweizer Grenze sind 17 Waggons mit Waren, die für Polen bestimmt sind. Die italienischen Eisenbahnarbeiter weigern sich, den Transport durchzuführen.

London, 22. Mai. (Reuter.) Der Vollzugsrat der nationalen Eisenbahnverwaltung hat beschlossen, seine Mitglieder anzurufen, die Beförderung von Kriegsmaterial, das für den Kampf der Polen gegen das russische Volk bestimmt ist, zu verweigern.

Triest, 22. Mai. Die hiesigen Hafenarbeiter haben sieben Eisenbahnwaggons, welche mit Munition für Rumänien gegen Sowjetrußland bestimmt waren, nicht abgelassen. Die Waggons waren als Zuckerwaggons deklariert, es hielten aber die Munition gegen Sowjetrußland.

London, 25. Mai. Die Hafenarbeiter von Dublin haben sich geweigert, ein vor einigen Tagen angekommenes Schiff mit Kriegsgut, darunter 40 Automobile, zu löschen. Als man die Entladung von Soldaten durchführen lassen wollte, traten die Angestellten der Kraftstation in den Hafenanlagen, von welcher die großen Kräfte gespeist werden, in den Ausstand. Auch die Signalwächter streikten. Die Eisenbahnverwaltungen sind teilweise geschlossen.

Jugend und Wahlkampf.

Auf der letzten Reichskonferenz der „Freien Sozialistischen Jugend“ gelangte bei 60 Stimmeneinstimmungen eine Resolution zur Annahme, die der Jugend empfiehlt, an der Seite der KPD. (Spartakusbund) in den Wahlkampf einzutreten. Wir bringen nachstehend die Wählerheits-Resolution zum Abdruck, für die 51 Jugenddelegierte stimmten:

Resolution:

Deutschland hat seinen 18. Brunnstein erlebt. Ganz gleich wie das Urteil über den Verlauf der konterrevolutionären Intermezzos lauten mag, eins hat sich klar herausgestellt:

Die Revolution ist nicht tot!

Sie war nur scheinbar tot. Scheinbar war die Konsolidierung des bürgerlichen Staates, scheinbar war die Befestigung der bürgerlich-mehrheitssozialistischen Koalitionsregierung, scheinbar die Konsolidierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, scheinbar der Erfolg, das deutsche Proletariat durch die Aktivierung des Betriebsrätegesetzes zur politischen und wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft mit dem deutschen Kapitalismus zu veranlassen, scheinbar mit einem Wort die mühsam wiedererrungene Stabilität der seit der Novemberrevolution ins Wanken geratenen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der 13. März hat die bis dahin leitenden Kräfte der Revolution wieder ans helle Tageslicht getragen. Der 13. März hat somit den Beweis gebracht, daß die proletarische Revolution in Deutschland jeden Augenblick von neuem entflammen kann. Mit andern Worten:

Die politische Situation in heutiger Deutschland ist durch und durch revolutionär. Die objektiven Bedingungen für den Fortgang der proletarischen Revolution sind somit gegeben.

In einer solchen Situation hat der Parlamentarismus aufgehört, ein wirksames Klassenkampfmittel des kämpfenden Proletariats zu sein. Der Parlamentarismus in Deutschland ist die politische Ausdrucksform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Der Parlamentarismus ist heute nichts anderes als die bürgerliche Konterrevolution selbst. Die Teilnahme des Proletariats am Parlamentarismus bedeutet mithin einen gewollten oder ungewollten Kompromiß mit der Konterrevolution, bedeutet darüber hinaus die künstliche Verschleierung der immer stärker auseinander geratenen Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Beteiligung am Parlamentarismus erweckt immer noch bei großen Teilen des Proletariats die Illusion, daß sich in der Abgabe eines roten Stimmzettels eine revolutionäre Tat dokumentiert, erweckt aber außerdem die wert gefährlichere Illusion, daß auf parlamentarischem Wege der Sozialismus selbst verwirklicht werden könnte. Die Erkenntnis, daß die erfolgreiche Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland abhängig ist von der psychologischen Lösung des Proletariats aus der Unklammerung bürgerlicher Ideologie, zwingt zu dem Ergebnis, daß die Befreiung aus der bürgerlich-parlamentarischen und kleinbürgerlich-gewerkschaftlichen Gedankenwelt die Vorbedingung ist für den Fortgang der Revolution in Deutschland. Schließlich muß noch fest gestellt werden, daß die Beteiligung an

Parlamentarismus in der Praxis auf die Sabotage des Rätegedankens hinausläuft. Das revolutionäre Proletariat erblickt heute in der Alternative: Parlamentarismus oder Räteystem den Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Es ist der Kampf zwischen absterbender bürgerlicher und werdender proletarischer Welt. In diesem Endkampf darf es kein Kompromiß zwischen Todfeinden geben. Ein hüben und drüben nur gilt. Die Frage der Beteiligung am Parlamentarismus wächst sich daher aus in der prinzipiellen Fragestellung:

Reformismus oder Revolution?

Die Beteiligung am Wahlkampf und seine Ausnützung zur revolutionären Aufrüttelung der Massen hat nicht notwendigerweise die Konsequenz einer Beteiligung an den Wahlen und am Parlamentarismus. Gerade diese Beteiligung würde die Verantwortung für die unvermeidliche gegenrevolutionäre Politik des Parlaments auch denen auferlegen, die sie bekämpfen und sie um das Vertrauen der Massen bringen.

Die Reichskonferenz empfiehlt daher den Mitgliedern der KPD. in den Wahlkampf einzutreten an der Seite der Partei, die die Taktik der grundsätzlichen Bekämpfung der Bourgeoisie und ihre Politik am konsequentesten durchführt, an der Seite der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

F. L., M. K.

Ein Trumpf, der kein Trumpf ist.

Die „Rote Fahne“ hält es an der Zeit, einen ihrer stärksten Trümpe für den Parlamentarismus auszuspielen, indem sie sich auf Gen. Kühle beruft. Unter der Überschrift „Dito Kühle fürs allgemeine Wahlrecht“ veröffentlicht sie die am 10. November 1918 erlassene, von Kühle und Schwarz unterzeichnete Proklamation des Dresdner A. und S. Rates, in der die Kammern für aufgelöst erklärt und Neuwahlen in Aussicht gestellt wurden. Die Umlerner der K. P. D. sind damit bei einem Argument angelangt, mit dem die Feindner und Konjunkte schon seit langem krebsen gegangen sind. Aber sie haben damit ebensovienig Glück wie die I. S. P. Es handelte sich damals keineswegs um die Wiederaufrichtung des Parlamentarismus, sondern — darin war sich der gesamte A. und S. Rat einig — um die Schaffung eines Organs, das die als baldige Liquidierung Sachsens als Bundesstaat aussprechen sollte. So sicher es ist, daß ein Rätekongreß hierzu das tauglichere und der kommunistischen Auffassung entsprechendere Instrument gewesen wäre, so sicher ist auch, daß damals alle Voraussetzungen und Möglichkeiten fehlten, einen solchen Kongreß einzuberufen. Was die „Rote Fahne“ weiter über die Unterredung von Schwarz und Kühle mit dem damaligen Minister Dr. Koch berichtet, ist ebenso entstellt und schief. Gerade Kühle war es, der in der Ministerkonferenz am schärfsten für die Entlassung der Minister eintrat, die ihrerseits bereit waren, „im Einverständnis“ mit dem A. und S. Rat die Geschäfte weiter zu leiten. Wenn Dr. Koch für zwei Tage in seiner Stellung belassen wurde, so deshalb, weil die gesamte Organisation der Ernährungswirtschaft in seiner

Hand lag und ein Organ, das diese Funktion sofort hätte übernehmen können, dem A. und S. Rat nicht zur Verfügung stand. — Damit die „Rote Fahne“ in Zukunft mit ihren Ausgrabungen mehr Glück hat, raten wir ihr, jetzt einmal die Artikel und Reden wiederzugeben, mit denen sich die Besse der K. P. D. und führende Personen der Zentrale noch bis in den Herbst 1919 gegen den Parlamentarismus gewandt haben.

Aus der Bewegung.

Dresden. In einer gutbesuchten Versammlung in der „Reichstrone“, wo Gen. Franz Pfemfert-Berlin sprach, wurde nachstehende Sympatieerklärung für die revolutionären Kämpfer einstimmig angenommen. — Dagegen stimmten nur die Reichstagskandidatin Frau Eva Büttner und ein ebenso wohlbeleibter Bourgeois, denen beiden man ansah, daß sie sich noch nicht bei Wasserjuppen hinter schwedischen Gardinen nach einem Zeichen der Solidarität ihrer Brüder gesehnt haben. Die Resolution lautet:

„Die am 30. Mai in der „Reichstrone“ in Dresden-Klein- stattgefundene öffentliche Volksversammlung der KPD. protestiert gegen die infamen Verfolgungen, denen unsere proletarischen Revolutionenkämpfer insbesondere seit dem Kappstich ausgesetzt sind. Sie erklärt: eine Regierung, die nicht gewillt und ohnmächtig ist, die Kapp-Lüttich und ihre politischen Hintermänner zu erlangen, schlägt den Interessen der Arbeiterklasse ins Gesicht. So ist die schamlose Verfolgung unserer revolutionären Klassenkämpfer, insbesondere im Ruhrgebiet, Bogtland und Mitteldeutschland ein erneutes, bewußtes Verbrechen an der gesamten Arbeiterschaft. Wir werden alles draussetzen, für den seit 18 Monaten von allen scheindemokratischen Parlamentsparteien verübten Verrat und ihre Verbrechen die erforderliche Sühne zur Geltung zu bringen. Das Gleiche gilt im Falle Holz und Genossen.“

Die KPD. macht große Reklame für ihre Wahlversammlungen mit den Namen ihrer Paradesperde Dr. Paul Levi, Dr. Ernst Meyer, Clara Zetkin usw. Am letzten Montag war in Striesen aber der ehemals hyperradikale Gen. Melzer aus Chemnitz erschienen. Welche Entwicklung auch er nun durchgemacht, zeigt seine Denunzierung unseres Debatteredners, des Gen. Jordan, dem Melzer empfahl, lieber in seiner Heimat, dem Bogtlande, zu sprechen. Melzer weiß genau, daß J. dort von den Moskesehergen verfolgt wird! Die Wahlkommunisten werden von der Abfuhr, die Melzer von den Striesener Arbeitern erhielt, herzlich wenig erfreut sein.

Gegenüber. Der „Kämpfer“ braucht Material zur Bekämpfung der KPD. und ihrer Vertreter. Hat er keins, so erfindet er welches. Sind es keine sachlichen Argumente, so greift er zu persönlichen Verdächtigungen. Sein letzter Trumpf gegen den Gen. Kühle besteht darin, daß er Gegensätze zwischen der Kriegspolitik Liebknechts und Kühles konstruiert oder demagogisch aufbauscht. Gewiß waren Gegensätze gelegentlich vorhanden, und niemals war Kühle verpflichtet, die Politik Liebknechts auf Weisheit und Verderben zu der seinigen zu machen, besonders dann nicht, wenn ernstliche grundsätzliche und taktische Bedenken gegen Liebknechts Vorgehen zu erheben waren. Das spricht für die politische Selbstständigkeit Kühles, der nicht im Handumdrehen umlernt und auf Befehl einschwenkt, wie etwa die KPD.-Demagogen, die binnen 24 Stunden gegen und für den Parlamentarismus zu agieren fähig sind. Auch Liebknecht war kein Papst, man kann seine Politik teilweise recht kritisch beurteilen. Gerade die Leute der Zentrale waren es, die ihn oft genug einen Narren und Phantasten hießen, seine Artikel labouieren, die besten seiner Spartakusbriefe unterzeichnen (sie erscheinen jetzt im Aktions-Verlag) und gegen ihn intrigierten. Heute stimmen diese Heuchler Lob- und Jubelhymnen auf Liebknecht an, heute reklamieren das verlorene Pack ihn für sich, ihn — der sie, könnte er ihr Treiben, ihre Korruption, ihren Verrat mit erleben, mit unbarmherziger Geißel aus dem Tempel des Kommunismus hinaustreiben würde. Nun, an seiner Stelle werden revolutionäre Arbeiter die Reinigung besorgen.

Buchhandlung der K. A. P.

Dresden-A., Seminarstr. 23, p. — Wochentags nachm. 5—7 Uhr.

Vorrätig:

„Kommunist. Internationale“. Heft 1, 2 u. 3 je	1.50 Mk.
Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky	1.50 „
„ Die große Initiative	1.— „
„ Staat und Revolution	2.— „
„ Nächste Aufgaben der Sowjetrepublik	1.— „
Kadef: Entw. des Sozialismus v. d. Wiss. z. Tat	—60 „
„ Die russ. u. d. deutsche Revol. u. d. Weltlage	—60 „
„ Die Internationale Lage und die äußere Politik der Räteregierung	—40 „
Bucharin: Programm der Kommunisten	2.50 „
„ Zarensturz	1.50 „
M. J. Braun: Zur Geschichte und Tätigkeit der Sowjets in Rußland	1.— „
Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie	1.50 „
„ Juniusbrochüre	—50 „
„ Rede zum Programm	—20 „
Kühle: U.S.P.-Frieden	—20 „
„ Schlagworte der U.S.P.	—25 „
„ Die Revolution ist keine Parteiache	—80 „
Revolut. Betriebsorganisation und Allgem. Arbeiter-Union (Leitfähe)	—25 „

Nachruf!

Am 26. Mai verschied durch Unglücksfall (Blitzschlag an der Augustusbrücke) unser tapferer Kampfgenosse Friedrich Wilhelm Böhme aus Altötzen. Wir werden ihm als Beispiel revolutionärer Pflichterfüllung ein treues Andenken bewahren.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Dresden.

Verantwortlich: Carl Adler-Dresden.

Druck: E. Kunath, Heidenau.

